



Lukas Lingenthal ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro.



Marc Bürgi studiert Internationale Beziehungen an der George-Washington-University und war von Mai bis Juli 2012 für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien tätig.

RIO+20

EIN GIPFEL, DER NIEMANDEN GLÜCKLICH MACHT

Lukas Lingenthal / Marc Bürgi

Nach dem Weltgipfel 1992 war Rio de Janeiro zwischen dem 13. und dem 23. Juni 2012 bereits zum zweiten Mal der Ort, auf den sich alle Augen richteten, die an den Fragen nachhaltiger Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz interessiert sind. Zumindest hätte es so sein sollen. Das Ergebnis der Konferenz Rio+20 der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro ist bescheiden, und es wurde durch viele andere Themen und Geschehnisse auf der internationalen politischen Agenda in den Schatten gestellt. Der kontroverse Inhalt, der ungünstige Zeitpunkt und das ungewöhnliche Vorgehen Brasiliens bei den Verhandlungen führten zu einer Abschlusserklärung ohne Ambitionen. Ein wenig Hoffnung verbreiteten die vielen Initiativen und Selbstverpflichtungen, die im Umfeld der Konferenz verkündet wurden. Vor allem die Rolle von Städten und Kommunen als Akteure zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels erfuhr eine Aufwertung.

DAS GIPFELTREFFEN DER STAATSVERTRETER

Vom 20. bis 22. Juni 2012 trafen sich in Rio de Janeiro die Staats- und Regierungschefs und die offiziellen Delegationen zum eigentlichen Rio+20-Gipfel der Vereinten Nationen. Bereits am Vortag der offiziellen Eröffnung, am 19. Juni, veröffentlichte Brasilien als Gastgeber und verhandlungsführende Nation den Text des Abschlussdokuments. Ein Akt, der offenbar nicht zuvor mit den Delegationen der anwesenden Staatsvertreter abgestimmt worden war und somit für Irritationen und Verärgerung bei den verschiedenen Verhandlungsparteien sorgte. Präsidentin Dilma Rousseff gab noch im mexikanischen Los Cabos, wo sie sich in den Tagen unmittelbar vor der VN-Konferenz zum

Treffen der G-20 aufhielt, eine erste Presseerklärung hierzu ab. Darin hob sie vor allem den Erfolg der brasilianischen Verhandlungsführung hervor, der darin zum Ausdruck komme, dass überhaupt ein Abschlussdokument zustande gekommen sei. Auf den Inhalt des Dokuments ging sie dabei nicht ein. Dieses Vorspiel zum eigentlichen Gipfeltreffen in Rio de Janeiro sagt bereits viel über das Resultat und die Stimmung während der Konferenz der Staats- und Regierungschefs aus.



Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff, hier bei der Eröffnungsfeier des Rio+20-Gipfels, erntete nicht nur Lob für die Verhandlungsführung ihres Landes. | Quelle: Roberto Stuckert Filho/PR (CC BY-SA).

So zog der Leiter der Konferenz, Sha Zukang, am Ende auch das Fazit, dass das Ergebnis niemanden glücklich mache. Wie ein Blick in die deutschen und internationalen Leitmedien zeigt, teilen viele Kommentatoren seine Einschätzung. Die Stimmung nach dieser größten Veranstaltung der Vereinten Nationen aller Zeiten ist verhalten. Vor allem Umweltschützer und Hilfswerke kritisierten das Ergebnis. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace nannte das Gipfeltreffen gescheitert. Die Bilanz von Organisationen wie WWF und Oxfam ist ähnlich negativ. Das Urteil von Vertretern von Staaten, der Vereinten Nationen und des Gastgeberlandes Brasilien ist weniger deutlich. Viele dieser Konferenzteilnehmer betonten die positiven Aspekte.

Bundesumweltminister Peter Altmaier sprach beispielsweise von einem gemischten Bild. Die „hochfliegenden Erwartungen“ an die Konferenz seien nicht alle erfüllt worden, aber es gebe neben Enttäuschungen auch Fortschritte.

SCHWIERIGE THEMEN: GREEN ECONOMY UND REFORM DER INSTITUTIONEN

Das Treffen in Stockholm im Jahre 1972 gilt als Beginn der globalen Umweltpolitik. Einen weiteren Meilenstein stellte die Konferenz in Rio de Janeiro 1992 dar.

Auf dem Programm des Gipfeltreffens in Rio de Janeiro stand die nachhaltige Entwicklung. Es war die vierte große Konferenz der Vereinten Nationen zu diesem Thema. Das Treffen in Stockholm im Jahre 1972 gilt als Beginn der globalen Umweltpolitik. Einen weiteren Meilenstein stellte die Konferenz in Rio de Janeiro 1992 dar. Damals wurde unter anderem die Agenda 21 beschlossen, das Leitpapier zur nachhaltigen Entwicklung. Auch die internationalen Verhandlungen über den Klimaschutz und den Schutz der Biodiversität nahmen in Rio ihren Anfang. Auf der Konferenz in Johannesburg 2002 verhandelten die Staaten in erster Linie darüber, wie sie die Beschlüsse von Rio umsetzen wollten.

Auf der Agenda des diesjährigen Gipfeltreffens in der brasilianischen Metropole standen zwei Themen zuoberst: Die so genannte Green Economy und die Reform der Institutionen, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ein drittes, inoffizielles Thema war die Idee, eine Reihe von Nachhaltigkeitszielen, die so genannten Sustainable Development Goals (SDG), zu erarbeiten. Diese sollen die bereits 2001 formulierten Millennium Development Goals (MDG) ergänzen. Zudem standen weitere Subthemen auf der Tagesordnung, unter anderem Energie, Wasser, Meeresschutz und die Rolle der Städte.

Das Thema Green Economy ist kontrovers. Es gibt keinen Konsens darüber, wie dieses Konzept der ressourcenschönen Wirtschaft genau zu verstehen ist. Strittig ist vor allem die Rolle der Privatwirtschaft, und welches Gewicht soziale Faktoren wie Armut neben dem Umweltschutz haben sollen. Manche Schwellenländer sehen im Konzept zudem eine Gefahr für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Sie argumentieren, dass ihnen die finanziellen und technologischen Mittel fehlten, um eine nachhaltige Ökonomie zu realisieren. Auch die Nachhaltigkeitsziele sind umstritten. Gemäß

der Idee von Kolumbien und Guatemala sollen einige Ziele formuliert werden, welche die Weltgemeinschaft auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft erreichen will. Diese Ziele sollten mit den acht Millenniumszielen zusammengeführt werden. Insbesondere Entwicklungsländer befürchten jedoch, dass Probleme wie Hunger und Armut wegen des Umweltschutzes in den Hintergrund rücken könnten.

FRUCHTLOSE VORBEREITUNG

Angesichts dieser inhaltlichen Differenzen gestaltete sich die Vorbereitung auf die Konferenz schwierig. In rund zwei Jahren fand eine Vielzahl von Treffen statt, inklusive zweier offizieller Verhandlungsrunden in New York. Kurz vor Beginn der Veranstaltung bestand aber nur über wenige Punkte eine Einigung. Die Verhandlungsrounde in Rio de Janeiro eine Woche vor dem Gipfeltreffen endete ohne Ergebnis.

Hinzu kamen zwei weitere ungünstige Faktoren. Die Krisen in Europa und im arabischen Raum machten es schwierig, dem Gipfeltreffen die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Zahlreiche, vor allem europäische Staats- und Regierungschefs blieben dem Gipfel fern. Gastgeber Brasilien wählte zudem ein ungewöhnliches Vorgehen. Weil aus dem Vorbereitungstreffen kein Resultat hervorging, erstellte Brasilien das Abschlussdokument in

Brasilien erstellte das Abschlussdokument in Eigenregie. Die Delegationen anderer Staaten wurden lediglich konsultiert. Ein Tag vor Beginn des Gipfeltreffens war die Abschlusserklärung bereits veröffentlicht.

Eigenregie. Die Delegationen anderer Staaten wurden lediglich konsultiert. Ein Tag vor Beginn des Gipfeltreffens war die Abschlusserklärung bereits veröffentlicht. Bei der Konferenz wurde das Dokument drei Tage später praktisch unverändert verabschiedet. Beobachter erklären sich die bescheidenen Resultate auch mit eben dieser Art der Verhandlungsführung. Einige Delegationen fühlten sich brüskiert. Es wurde stark kritisiert, dass der Text bereits vor Beginn des eigentlichen Treffens öffentlich gemacht wurde. Brasilien wollte damit verhindern, dass die Konferenz ohne Ergebnis endet – etwa wie die VN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen. Der Abschlusstext ist möglichst vage gehalten, umstrittene Passagen wurden einfach getilgt. Brasilien wollte sicherstellen, dass alle Länder dem Dokument zustimmen können.

BESCHEIDENE NEUERUNGEN

Das Abschlussdokument¹ unter dem Titel „The Future We Want“ enthält nur wenige klare Definitionen. Konkrete Ziele und Verpflichtungen sucht man vergebens. Entscheidungen werden vertagt und Fragen nach der Finanzierung nur am Rande erwähnt. So wird zwar gefordert, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP institutionell zu stärken. Die Liste der geforderten Veränderungen ist jedoch nur als Aufforderung an die VN-Generalversammlung formuliert, dieses Vorhaben künftig umzusetzen. Zu einer bindenden Einigung hierüber konnten sich die Staatsvertreter nicht durchringen.

Das Dokument enthält einen Abschnitt über den Schutz der Meere außerhalb der nationalen Gewässer. Dieses Thema wurde auf den Vorgängerkonferenzen bisher wenig behandelt. Die Staaten wollen nun unter anderem aggressive Fischfangmethoden und Verschmutzung bekämpfen.

Allerdings sind auch hier sämtliche Deklarationen unverbindlich. Umweltschützer hatten auf klare Regeln für den Meeresschutz gehofft. Erwähnenswert ist zudem der Abschnitt zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Staaten

Die Staaten wollen neue Methoden verwenden, um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu messen und die Kosten für die Umwelt dabei stärker zu berücksichtigen.

wollen neue Methoden verwenden, um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu messen und die Kosten für die Umwelt dabei stärker zu berücksichtigen. Die VN-Statistikbehörde erhält den Auftrag, solche Alternativen zum BIP zu erarbeiten. Die Einführung von Nachhaltigkeitszielen (SDG) wird erwähnt. Auch hier ist der Beschluss letztlich jedoch unverbindlich. Die VN-Generalversammlung solle demnach künftig beschließen, eine ausgewogene Gruppe aus 30 Vertretern verschiedener Staaten aus den unterschiedlichen Regionen zu benennen und diese damit zu beauftragen, SDG zu formulieren, die über 2015, das Zieljahr der MDG, hinaus Gültigkeit besitzen.

Auch das große Thema, mit dem die Konferenz inoffiziell betitelt wurde, bleibt in dem Abschlussdokument nur ein vages Konzept: Green Economy. Vor allem von Seiten vieler Entwicklungsländer schlug diesem Begriff Skepsis

1 | VN, „The Future We Want“, A/CONF.216/L.1, 19.06.2012, http://un.org/disabilities/documents/rio20_outcome_document_complete.pdf [24.07.2012].

entgegen. Sie befürchteten eine Unterwerfung unter ein Wirtschaftsmodell, das ein zu enges Korsett darstellt und sie an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung hindert. Die Vorsicht, mit der dieses Thema formuliert wurde, wird bereits an den ersten beiden Punkten der Definition deutlich. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, eine Green Economy müsse mit internationalem Recht vereinbar sein und die nationale Souveränität der Staaten wahren. Weitere Elemente sind Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung, die Wahrung der Rechte indigener und anderer traditioneller Bevölkerungsgruppen und soziale Inklusion. Sie soll zudem Technologietransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beinhalten sowie eine internationale Finanzierung von Projekten in Entwicklungsländern. Weiter soll sie nicht genutzt werden dürfen, um diskriminierende Handels schranken zu rechtfertigen. Einfuhrbestimmungen für Produkte, die sich auf Umweltkriterien beziehen, sollen, soweit möglich, auf einem internationalen Konsens beruhen. So sehr all diese Punkte, gerade aus Sicht der Entwicklungsländer, nachvollziehbar sind, vermisst man jedoch Kriterien, die sich konkret auf eine umweltverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsweise beziehen. Einzig der Hinweis wurde aufgenommen, dass ein nachhaltiger Konsum und eine nachhaltige Produktionsweise gefördert werden sollen. Mit keinem Wort wird jedoch beispielsweise auf Energieeffizienz und eine möglichst saubere Stromproduktion, auf die Reduktion des Treibhausgasausstoßes oder auf den effizienten und sparsamen Einsatz endlicher oder knapper Ressourcen und Recycling von Wertstoffen eingegangen.

Das Thema Green Economy wurde mit Vorsicht formuliert: Man vermisst Kriterien der Green Economy, die sich konkret auf eine umweltverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsweise beziehen.

Zum Thema der Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung kommen die Staaten in dem Abschlussdokument immerhin überein, einen intergouvernementalen Prozess unter Aufsicht der VN-Generalversammlung ins Leben zu rufen. Darin sollen 30 Experten, die von den verschiedenen regionalen Gruppen innerhalb der Vereinten Nationen benannt werden, eine konkrete Strategie zur internationalen Finanzierung nachhaltiger Entwicklungskonzepte formulieren. Diese Arbeit soll bis 2014 abgeschlossen sein. Der Bericht dieser Gruppe soll anschließend durch die Generalversammlung gewürdigt werden, die aufgefordert wird, Beschlüsse zur Umsetzung der Empfehlungen folgen zu

lassen. Der letzte Teil, die konkrete Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge, ist somit wieder nur unverbindlich formuliert.

Das Abschlussdokument muss insgesamt als schwach angesehen werden. Von den insgesamt 283 Absätzen beginnen gerade drei mit den Worten „We agree...“.

Gemessen an konkreten Zusagen muss das Abschlussdokument insgesamt als schwach angesehen werden. Von den insgesamt 283 Absätzen beginnen gerade drei mit den Worten „We agree...“ (Wir [die Unterzeichner] kommen überein...). Die anderen 280 Absätze beinhalten zumeist unverbindliche Empfehlungen.

PARALLELVERANSTALTUNGEN UND SELBSTVERPFLICHTUNGEN

Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht das Abschlussdokument. Dabei wird oft übersehen, wie viel zudem noch am Rande der Konferenz mit gut 45.000 Teilnehmern passierte. Bereits eine Woche vor dem Eintreffen der Staats- und Regierungschefs begannen viele der begleitenden Parallelveranstaltungen von Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsverbänden, Akademikern und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft. Es wurde eine Vielzahl von Initiativen und Vereinbarungen beschlossen oder bekanntgegeben. Doch nicht alle Parallelveranstaltungen können als Erfolg gewertet werden. Manchen Veranstaltungen fehlte es vor allem an internationalen Teilnehmern und somit an einer breiten Meinungsvielfalt. Ein Grund hierfür könnte das Preisniveau in Rio de Janeiro gewesen sein. In der Stadt, die ohnehin schon als teures Reiseziel gilt, stiegen die Hotel- und Flugpreise rund um die Konferenz sprunghaft an.

Vom 13. bis 23. Juni fand die Cúpula dos Povos statt, der Gipfel der Völker. An den Vorträgen, Diskussionsrunden und kulturellen Aktivitäten nahmen Zehntausende von Besuchern teil. Die Organisatoren hatten eine kritische Haltung zur Konferenz und verstanden ihre Aktivitäten als Alternative dazu. Doch auch dieser Gipfel hat wohl nicht den Erfolg gebracht, den man sich von einem solchen Treffen zivilgesellschaftlicher Vertreter erhoffen durfte. Die Abschlusserklärung,² die am letzten Tag der VN-Konferenz

2 | „Declaração final Cúpula dos Povos na Rio+20“, 22.06.2012, <http://cupuladospovos.org.br/2012/06/declaracao-final-da-cupula-dos-povos-na-rio20-2> [23.07.2012].

offiziell an die Versammlung der Staatsvertreter übergeben wurde, gleicht einem Flickenteppich aus Kritik und Forderungen der unterschiedlichsten Gruppen. Dort vertreten, und in der Reihenfolge auch im Abschlussdokument erwähnt, waren Bewegungen für die Rechte von Frauen, Indigenen, Schwarzen, Jugendlichen, Kleinbauern, Arbeitern, traditionellen Völkern, aus Sklaverei Entflohenen, Verfechter für das Recht auf Behausung sowie Religionen aus aller Welt.



Zehntausende von Besuchern beteiligten sich an den vielfältigen Veranstaltungen des Cúpula dos Povos, hier z.B. am Marsch des globalen Handelns. | Quelle: Joka Madruga/Terra Livre Press (CC BY).

Besonders betont wird in dem Dokument die Kritik am Kapitalismus und auch am Begriff Green Economy, der lediglich ein neuer Deckmantel für das etablierte kapitalistische System sei. Zwar wird in dem Text der Schutz der Umwelt erwähnt. Dieser Aspekt geht in dem Dokument proportional jedoch unter. In der abschließenden Auflistung von Ablehnungen und Forderungen wird der Umweltschutz auch nicht ausdrücklich genannt. Er kann lediglich bei der Forderung nach der Abschaffung von Pestiziden in der Landwirtschaft und genmanipulierten Pflanzen sowie bei der Forderung nach einem neuen Modell der Energieerzeugung und -verteilung hineingelesen werden. Sonst taucht der Umweltaspekt nur bei der Forderung nach Anerkennung der historischen sozialen und ökologischen Schulden auf.

Vor allem soziale Aspekte beherrschen dieses Abschlussdokument, ohne dass die Verknüpfung zwischen sozialen und Umweltaspekten deutlich zum Tragen kommt. Besonders werden die Rechte von Frauen, Homo- und Transsexuellen, Indigenen und Arbeitern betont. Kritisch sind vor allem zwei der abschließenden Forderungen zu betrachten. Zum einen die Dämonisierung großer Konzerne, die pauschal abgelehnt werden und die es laut der Erklärung zu bekämpfen gilt. Die Überlegung, dass eine nachhaltigere Gestaltung der Wirtschafts- und Lebensweise nicht durch einen Kampf gegen Konzerne, sondern besser durch ein Miteinander zwischen Produzenten und Konsumenten funktionieren kann, spielt hierbei offensichtlich keine Rolle. Die letzte der insgesamt 16 Forderungen verlangt nach der Einrichtung eines Welt-Generalstreiktages. Diese als Abschluss und als einzige in Großbuchstaben abgedruckte Forderung wirft die Frage danach auf, ob der Gipfel der Völker tatsächlich dazu diente, Alternativen für eine nachhaltigere und gerechte

Welt aufzubieten oder ob es sich nicht

Es fehlt der Abschlusserklärung des Gipfels der Völker als einziger während der Rio+20-Konferenz verabschiedeten Erklärungen ein Teil mit Selbstverpflichtungen.

letztlich um eine reine Auflistung von Forderungen gegenüber den Staaten und Kampfaufrufen gegenüber privaten Unternehmen handelte. Einen Aufruf an die einzelnen Teile

der Zivilgesellschaft, durch das eigene Verhalten selbst zu einer nachhaltigeren Lebensweise beizutragen, lässt die Abschlusserklärung beispielsweise gänzlich vermissen. So fehlt der Abschlusserklärung des Gipfels der Völker als einziger während der Konferenz verabschiedeten Erklärungen ein Teil mit Selbstverpflichtungen oder wenigstens dem Aufruf dazu, dass jeder Einzelne mit seinem Verhalten einen Teil zu mehr Nachhaltigkeit beitragen kann. Ausdruck der sehr auf Brasilien und Lateinamerika beschränkten Repräsentanz während dieses Gipfels ist zudem der Punkt, in dem Solidarität mit Völkern und Ländern eingefordert wird, die unter militärischen oder institutionellen Putschen leiden. Dort wird namentlich nur Paraguay als Beispiel erwähnt. Die Geschehnisse in Nordafrika und der Arabischen Welt beispielsweise, die bei einer wirklich globalen Betrachtung und bei der Forderung nach mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung derzeit sicherlich Erwähnung gefunden hätten, tauchen nicht auf.

Eine sehr aktive Rolle während der Konferenz spielten auch Vertreter der Wirtschaft. Repräsentiert wurde der Privatsektor in Rio durch die Business Action for Sustainable Development (BASD), ein Zusammenschluss von insgesamt 13 Wirtschaftsorganisationen.³ Die Dachorganisation vertrat die Position der Privatwirtschaft bei den offiziellen Verhandlungen. Sie versuchte insbesondere die Rolle zu vermitteln, welche die Privatwirtschaft im Konzept einer Green Economy übernehmen möchte.

Die Wirtschaftsverbände organisierten auch eine Reihe von Veranstaltungen. Am dreitägigen Corporate Sustainability Forum nahmen beispielsweise etwa 2.700 Wirtschaftsvertreter teil. An den über 60 Seminaren diskutierten sie über Themen wie Energie, Klimawandel und Wasserversorgung.⁴ Eine Vielzahl von Unternehmen verpflichtete sich zu einer nachhaltigen Betriebsführung. Einer der weltweit führenden Softwarekonzerne möchte so beispielsweise künftig CO₂-neutral produzieren. Der Software-Konzern, der energieintensive Datenzentren betreibt, will den Ausstoß unter anderem mit dem Kauf von Emissionszertifikaten kompensieren. Ein großer internationaler Modekonzern will nur noch wiederverwertete oder nachhaltig produzierte Baumwolle für seine Produkte verwenden. Einer der weltweit größten Sportartikelhersteller will ab dem Jahr 2020 bei der Produktion keine gefährlichen Chemikalien mehr einsetzen. Insgesamt gab es rund 200 solcher Selbstverpflichtungen aus der Privatwirtschaft.

Am dreitägigen Corporate Sustainability Forum nahmen etwa 2.700 Wirtschaftsvertreter teil. Hier formulierte die Privatwirtschaft ca. 200 Selbstverpflichtungen.

Auch viele Staaten gaben Initiativen bekannt. Australien und die Malediven kündigten beispielsweise an, große Schutzgebiete vor ihren Küsten zu schaffen. Die USA finanzieren Projekte für neue Solar-, Wind- und Wasserkraftkraftwerke in Afrika mit 20 Millionen US-Dollar. Das Programm soll später um hunderte von Millionen aufgestockt werden. Laut den Vereinten Nationen gab es in Rio

3 | Business Action for Sustainable Development (BASD2012), 20.-22.06.2012, <http://basd2012.org> [23.07.2012].

4 | VN, United Nations Global Compact, Rio+20 Corporate Sustainability Forum, 15.-18.06.2012, <http://csf.compact4rio.org/events/rio-20-corporate-sustainability-forum/event-summary-251b87a2deaa4e56a3e00ca1d66e5bfd.aspx> [23.07.2012].

insgesamt 719 freiwillige Selbstverpflichtungen von Staaten, aus der Privatwirtschaft und aus der Zivilgesellschaft. Diese Verpflichtungen kämen zusammen auf eine Investition von insgesamt 513 Milliarden US-Dollar.

AUFWERTUNG DER ROLLE VON STÄDTCEN

Eine Gruppe stach während der Rio+20-Konferenz besonders hervor. Die Rolle von Städten und Kommunen als wichtige Akteure bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels erfuhr während des Gipfels eine Aufwertung. Zwischen dem 17. und 19. Juni, in den Tagen direkt vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs, trafen sich Vertreter der Städte der C40-Gruppe. Diese Gruppe umfasst mittlerweile 58 Städte aus allen Teilen der Welt, die sich gemeinsam für eine nachhaltige Stadtentwicklung und Lebensweise einsetzen.

In Städten werden heute etwa zwei Drittel der weltweit produzierten Energie verbraucht, ca. 75 Prozent der globalen CO₂-Emissionen stammen aus Städten.

Heutzutage lebt bereits die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Bis zum Jahr 2030 werden dies schon 60 Prozent sein, bei weiter anwachsender Bevölkerungszahl. In Städten

werden heute etwa zwei Drittel der weltweit produzierten Energie verbraucht, ca. 75 Prozent der globalen CO₂-Emissionen stammen aus Städten.⁵ Alleine die 58 zur C40 gehörigen Städte bringen es auf 14 Prozent der weltweit ausgestoßenen Treibhausgase und beherbergen ein Zwölftel aller Menschen weltweit. Sie produzieren zudem knapp 18 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts.⁶ Knapp 90 Prozent der Metropolregionen liegen in Meeresnähe und sind daher potenziell von einem möglichen Anstieg des Meeresspiegels direkt betroffen.⁷

Dennoch herrschen in Städten gleichzeitig gute Grundvoraussetzungen, um den Herausforderungen des Klimawandels und des Bevölkerungswachstums zu begegnen. Initiativen und Konzepte für eine nachhaltigere Lebensweise lassen sich in der Regel in Städten schneller umsetzen als

5 | Vgl. VN, „Sustainable Cities“, <http://un.org/en/sustainable/future/cities.shtml> [23.07.2012].

6 | Vgl. C40 Cities Climate Leadership Group (C40), *C40 Cities*, <http://c40cities.org/c40cities> [23.07.2012].

7 | Vgl. C40 Cities Climate Leadership Group (C40), „Why Cities? Ending Climate Change Begins in the City“, <http://c40cities.org/ending-climate-change-begins-in-the-city> [23.07.2012].

auf nationaler Ebene. Erfolgreiche Pilotprojekte können von anderen Städten aufgenommen und, an die örtlichen Gegebenheiten angepasst, nachgeahmt werden. Zudem haben Städte mit intelligenter Städte- und Flächennutzungsplanung das Potenzial, den Druck abzumildern, der durch das stete Bevölkerungswachstum auf ländliche Regionen und wertvolle Naturreservate wirkt.

Die Bedeutung der Städte wird deswegen auch auf internationaler Ebene immer stärker hervorgehoben. Das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT) hat „Städte und Klimawandel“ als neuen Themenschwerpunkt aufgenommen⁸ und auch die OECD⁹ sowie die Weltbank¹⁰ behandeln diese Thematik mit zunehmender Gewichtung. So stellten sich die Städte während der C40-Konferenz zwar als Teil vieler Umweltprobleme, gleichzeitig aber auch als deren Lösungen dar. Sie konnten vor allem dadurch überzeugen, dass sie eine große Anzahl konkreter Ziele und Initiativen vorstellten und die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs zwischen den Städten ernsthaft wahrnahmen. Bis 2030 wollen sie beispielsweise den Ausstoß von CO₂ um 1,3 Milliarden Tonnen verringern. Dies entspricht nicht weniger als den jährlichen Emissionen Kanadas und Mexikos zusammen (Referenzjahr 2008).

Die Städte stellten sich während der C40-Konferenz zwar als Teil vieler Umweltprobleme, gleichzeitig aber auch als deren Lösungen dar.

Dazu setzen sie auf eine Vielzahl von Konzepten, die sie während des drei Tage dauernden Treffens vorstellten. São Paulo und Rio de Janeiro stellen dabei vor allem den öffentlichen Nahverkehr in den Vordergrund. Die Busflotten der beiden brasilianischen Megastädte sollen komplett auf Biokraftstoff und Elektroantrieb umgestellt werden.

Der Ausbau exklusiver Busspuren soll zudem weiter voranschreiten. Außerdem sind der Ausbau von U-Bahn und Straßenbahnen Teil der Verkehrskonzepte. Vor allem

8 | Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT), <http://www.unhabitat.org/categories.asp?catid=550> [23.07.2012].

9 | Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), *Cities and Climate Change*, 12/2010, <http://www.oecd.org/gov/regionaldevelopment/citiesandclimatechange.htm> [23.07.2012].

10 | Weltbank, „New Report Sees Cities as Central to Climate Action“, 03.12.2010, <http://climatechange.worldbank.org/content/new-report-sees-cities-central-climate-action> [23.07.2012].

Rio de Janeiro hat sich für diese Infrastrukturprojekte die Olympischen Spiele im Jahr 2016 als wichtigen Meilenstein gesetzt.

Neben dem öffentlichen Nahverkehr sind zudem Müllrecycling und Stromerzeugung aus Abfallverbrennung wichtige Eckpfeiler der Nachhaltigkeitskonzepte vieler Städte. Außerdem gehören intelligente und energieeffiziente Gebäude und die Verbesserung des Abwassermanagements dazu. Auch Projekte zur Umweltbildung finden sich in den Konzepten mehrerer Städte wieder. In Brasilien wie auch in einigen anderen Ländern liegt die Kompetenz für die (Grund-)Schulbildung bei den Kommunen.

FAZIT

Das offizielle Abschlussdokument hält nur wenige konkrete Vorstellungen darüber bereit, wie die Zukunft tatsächlich gestaltet werden soll.

Die Konferenz der Vereinten Nationen sorgte bei vielen für Ernüchterung. Das offizielle Abschlussdokument hält trotz des ambitionier-ten Titels „The Future We Want“ nur wenige konkrete Vorstellungen darüber bereit, wie die Zukunft tatsächlich gestaltet werden soll. Viele hatten auf ein anderes Ergebnis gehofft. Im Vorfeld der Konferenz war zwar wenig Euphorie und Aufbruchstimmung zu spüren. Dies ist wahrscheinlich auch eine Folge der schwachen Ergebnisse der Klimakonferenzen in Kopenhagen, Cancún und Durban. Weil insbesondere das Problem des Klimawandels aber immer drängender wird, waren die Erwartungen und die Hoffnungen bezüglich der Konferenz in Rio de Janeiro bei vielen dennoch groß.

Doch das Problem, mit Vertretern von fast 200 Staaten einen Konsens zu finden, den alle zu unterzeichnen bereit sind, hat sich in jüngster Zeit wegen der Kräfteverschiebung in der internationalen Politik noch verschärft. Aufstrebende Länder, wie die BRICS-Staaten, haben mehr Einfluss als früher. Ihre Ansprüche und Bedürfnisse sind anders als die der bislang dominanten frühindustrialisierten Staaten. Ein „großer Wurf“ im Sinne einer effektiven Lösung für komplexe Probleme wie den Klimawandel ist daher kaum möglich. Internationale Gipfeltreffen können aber zumindest wichtige Anstöße liefern und Prozesse auslösen. Solche Anstöße sind im Abschlussdokument von Rio+20 enthalten – beispielsweise die angestrebten Nachhaltigkeitsziele.

Zudem bietet die auf Grund der wachsenden Multipolarität zunehmende Führungsunfähigkeit der Staaten die Chance, dass andere Akteure aus der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft und auch die kommunale Verwaltung mehr Verantwortung übernehmen. Einige der Parallelveranstaltungen zur Rio+20-Konferenz deuteten bereits stark in diese Richtung. Eben diese Parallelveranstaltungen zu den großen VN-Konferenzen sind deswegen auch ein wichtiges Element und können auf die Frage danach, ob derlei Riesengipfel überhaupt einen Sinn ergeben, eine positive Antwort bieten. Allerdings bedürfen auch die Parallelgipfel hierzu einer intensiven Vorbereitung und einer guten Führung, da sie sonst schnell Gefahr laufen, die wesentlichen Ziele aus dem Auge zu verlieren. Der Gipfel der Völker bot hierfür ein negatives Beispiel, die Versammlung der C40-Städtegruppe ein positives.

Auch Aspekte der Bewusstseinsbildung sind nicht zu unterschätzen. Schließlich hat in den vergangenen 20 Jahren seit dem ersten Weltgipfel in Rio eine alle Gruppen der Gesellschaft umfassende Bewusstseinsschärfung bezüglich einer nachhaltigen Wirtschaft und Lebensweise stattgefunden – abzulesen unter anderem an den Selbstverpflichtungen der großen Konzerne, die auf das veränderte Nachfrageverhalten nach mehr umwelt- und sozialverträglichen Produkten reagieren. Ein solcher Gipfel generiert allein ob seiner Dimensionen öffentliche Aufmerksamkeit auf die Themen der Gipfelagenda. Die Aufmerksamkeit auf Themen des Umwelt- und Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung war in den vergangenen Monaten in Brasilien so hoch wie nie zuvor. Mag dies auch den Eindruck vermittelt haben, dass bereits eine Mehrheit der brasilianischen Gesellschaft hierfür sensibilisiert ist, was nicht der Fall ist, so haben diese Themen dennoch einen großen Teil der Gesellschaft erreicht. Vielleicht wurde so nun eine kritische Masse mobilisiert, die das Thema Nachhaltigkeit nicht gleich nach Rio+20 wieder aus den Augen verliert, und ein Bewusstseinswandel im größten Land Lateinamerikas einleitet, wie er vor 20 Jahren in Deutschland eingeleitet worden war. Der *spill over*-Effekt, der potenziell vom größten Land Lateinamerikas auf die gesamte Region ausgehen könnte, führt am Ende vielleicht doch zu einem größeren Erfolg von Rio+20, als heute angenommen wird.